






# Klimapolitik

Lehrerinformation



1/8

|  |  |
|--|--|
| <b>Arbeitsauftrag</b><br> | <p>Die Klasse teilt sich in zwei Gruppen. Eine Gruppe ist zuständig für die nationale, die andere für die internationale Politik. Jede Gruppe erhält die entsprechende Informationsmappe mit Texten, Grafiken und Internetadressen. Mit den zur Verfügung stehenden Informationen erarbeitet dann jede Gruppe eine 10–15 Minuten dauernde Präsentation und hält sie vor dem Rest der Klasse.</p> |
| <b>Ziel</b><br>           | <p>Die Schülerinnen und Schüler untersuchen die nationale und internationale Klimapolitik, deren Handlungsschwerpunkte sowie ihre Erfolge und Schwierigkeiten.</p>   |
| <b>Material</b><br>       | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anleitung Schülerinnen und Schüler</li> <li>• Hintergrundinformationen zur internationalen und nationalen Klimapolitik</li> </ul>   |
| <b>Sozialform</b><br>    | <p>Gruppenarbeit, Plenum</p>   |
| <b>Zeit</b><br>         | <p>120' inkl. Präsentation</p>   |

Zusätzliche Informationen:

- Diese Aufgabe eignet sich sehr gut dazu, ausserhalb des Unterrichts vorbereitet und in der Klasse präsentiert und diskutiert zu werden.
- Die Präsentation sollte wenn möglich auf dem Computer in Powerpoint erstellt werden. Sie kann aber auch freihand auf dem Overhead-Projektor entworfen werden. Das ist natürlich schwieriger.
- Die Schülerinnen und Schüler sollten nach Möglichkeit dazu angeregt werden, selbst auch zu dem Thema ihrer Gruppe zu recherchieren.

# Klimapolitik

Informationen



2/8

Ihr erhaltet von eurer Lehrperson eine Informationsmappe zum Thema „Klimapolitik“.

Gruppe I beschäftigt sich mit der internationalen Klimapolitik der Schweiz.  
Gruppe II erforscht die nationale Klimapolitik.

## Aufgabe:

Sichtet das ausgeteilte Material aufmerksam. Recherchiert ausserdem unter den angegebenen Links im Internet. Findet ihr Seiten, die euch interessant und wichtig erscheinen? Berücksichtigt deren Informationen.

Stellt dann das, was ihr erfahren habt, zu einer Präsentation zusammen.

## Inhalte der Präsentation

1. Erklärt kurz, welche Klimapolitik ihr beschreibt und wie sie sich von der anderen unterscheidet (ca. 1 Seite)
2. Wer sind die Hauptakteure der von euch bearbeiteten Klimapolitik? (ca. 1 Seite)
3. Was sind ihre Aufgaben? (ca. 2 Seiten)
4. Findet ein bis zwei konkrete Beispielprojekte, die ihr beschreiben könnt (ca. 2 Seiten)
5. Welche Erfolge haben die Akteure zu verzeichnen? (ca. 1 Seite)
6. Welche Schwierigkeiten geben sie an? (ca. 1 Seite)
7. Was sind ihre Visionen und Aussichten für die Zukunft? (ca. 1 Seite)



# Klimapolitik

Informationen



3/8

## Internationale Klimapolitik

Als internationale Klimapolitik bezeichnen wir Vereinbarungen, Konventionen genannt, die von mehreren Staaten getroffen werden und dem Klimaschutz dienen sollen. Die konkreten Inhalte der Konventionen werden auf internationalen Treffen von Vertretern der teilnehmenden Staaten verhandelt. Sie sind als Richtlinien zu verstehen und formulieren den Rahmen und die nach Möglichkeit zu erreichenden Ziele im Klimaschutz.

Texte

### KLIMAPOLITIK

#### Vereint gegen den Klimakollaps

[...]

Von Vera Koller (erschieden im Magazin UMWELT 2/2003)

Als verantwortliches Amt für die Schweizer Klimapolitik erstellt das BUWAL unter anderem ein Inventar der Treibhausgase und erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für Massnahmen zur Emissionsreduktion. Die Anstrengungen zur Verminderung der klimaschädigenden Gase betreffen heute fast alle Lebensbereiche und gehen zudem weit über die Landesgrenzen hinaus. Deshalb sind sowohl die Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik als auch die internationale Zusammenarbeit für die klimapolitischen Ziele der Schweiz von erheblicher Bedeutung.

[...]

**International:** Ebenso bedeutsam wie die Politik im Inland ist die internationale Zusammenarbeit bei der Umsetzung von klimarelevanten Strategien und Massnahmen. Das BUWAL (Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft) vertritt die Schweiz deshalb in multilateralen Umweltorganisationen und Abkommen wie dem UNO-Umweltprogramm UNEP (United Nations Environment Programme), der Klimakonvention und dem Globalen Umweltfonds GEF (Global Environment Facility). Der GEF fördert Projekte mit globalem Umweltbezug und ist heute das wichtigste Finanzierungsinstrument für den Umweltbereich. BUWAL-Direktor Philippe Roch vertritt im GEF-Rat nicht nur die Schweiz, sondern auch die Interessen der so genannten «Helvetistan»-Gruppe. Dazu gehören die zentralasiatischen Länder Aserbaidschan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

### Chronologie der UNO-Klimaverhandlungen

#### 1992: UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio

Nach jahrelangen wissenschaftlichen und politischen Diskussionen fand im Juni 1992 die UN-Konferenz zum Thema "Umwelt und Entwicklung" (UNCED, United Nations Conference on Environment and Development) in Rio de Janeiro statt. Auf dieser historischen "Rio-Konferenz" wurde die Klimarahmenkonvention verabschiedet. Sie bildet die völkerrechtliche Vertragsgrundlage für den internationalen Klimaschutz. Bisher haben über 160 Staaten die Klimakonvention ratifiziert. Ihr Ziel ist es, "die Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einer Höhe zu stabilisieren, die gefährliche, störende Einwirkungen des Menschen auf das Klimasystem verhindert." Die Industriestaaten versprochen in Rio, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2000 auf den Stand von 1990 zurückzuführen.

[...]

#### 1995

1. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Berlin (COP I). Im März 1995 – ein Jahr nach Inkrafttreten der Klimakonvention – traf sich die internationale Staatengemeinschaft in Berlin zur 1. Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, kurz COP). Die Industrienationen konnten sich nicht auf konkrete Ziele und Fristen für die Verringerung von Treibhausgasemissionen einigen. Man stellte lediglich fest, dass die Verpflichtungen der Klimarahmenkonvention nicht ausreichten. Daraufhin wurde das "Berliner Mandat" verabschiedet. Dieses sah vor, bis zur 3. Vertragsstaatenkonferenz (Kyoto, 1997) ein verbindliches Protokoll mit Reduktionszielen und -fristen für die Industrienationen zu verhandeln. [...]

# Klimapolitik

Informationen



4/8

## 1996

2. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Genf (COP II). Im Juli 1996 fand die 2. Vertragsstaatenkonferenz (COP II) in Genf statt, auf der aber keine nennenswerten Fortschritte erzielt werden konnten. Die Kohle- und Erdöllobby hatte sich massiv gegen verbindliche Reduktionsziele für CO<sub>2</sub> eingesetzt. Die OPEC-Staaten (ölfördernde und -exportierende Staaten) sowie Russland und Australien verhinderten letztlich die geplante Reduktionsvereinbarung.

## 1997

3. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Kyoto (COP III). [...] Vom 1. bis 10. Dezember 1997 fand in Kyoto (Japan) die 3. Vertragsstaatenkonferenz (COP III) statt, auf der gemäß dem bereits erwähnten Berliner Mandat das Kyoto-Protokoll verabschiedet wurde.

Das Protokoll wurde von 98 Staaten (darunter alle großen Industriestaaten) unterzeichnet, ratifiziert wurde es nachfolgend lediglich von 14 Entwicklungsländern.

Das Kyoto-Protokoll verpflichtet die Industriestaaten, die Emissionen von insgesamt sechs Treibhausgasen [Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>), Lachgas (NO<sub>2</sub>), wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe (FKW), perfluorierte Fluorkohlenwasserstoffe (PFC) und Schwefelhexafluorid (SF<sub>6</sub>)] zu reduzieren. Als Basis für die ausgehandelte Reduktionsverpflichtung von insgesamt 5,2 Prozent bis zum Zeitraum 2008 bis 2012 (Vergleichsjahr: 1990) diente der 1995 vom wissenschaftlichen Forum der Klimakonferenz geschätzte Wert einer Temperaturerhöhung zwischen 1°C und 3,5°C bis zum Jahr 2100.

Die Reduktionsziele der wichtigsten Ländergruppen: EU 8 Prozent, USA 7 Prozent, Japan 6 Prozent, Kanada 6 Prozent. [...]

Das Kyoto-Protokoll bietet zugleich diverse, die vereinbarten Reduktionsziele aufweichende Schlupflöcher, z.B. "Kohlenstoffsinken". Über die Nutzung des Angebots an sogenannten flexiblen Mechanismen – wie "Clean Development Mechanism" (CDM), "Joint Implementation" (JI) und "Emission Trading" (ET) – können die tatsächlichen Reduktionsziele von den Ländern umgangen werden.

## 1998

4. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Buenos Aires (COP IV)

## 1999

5. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Bonn (COP V) [...]

## 2000

6. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Den Haag (COP VI)

[...]

Die Vorzeichen für COP VI in Den Haag standen schlecht. Ein Streitpunkt, der sich während der Vorverhandlungen im Jahr 2000 herauskristallisierte, war die Verabschiedung einer Positivliste mit Maßnahmen, die im CDM-Mechanismus (CDM = Clean Development Mechanism) aufgenommen werden sollten – also Maßnahmen, bei denen Industrieländer die Entwicklungsländer bei der Einführung emissionsarmer Umwelttechnologien unterstützen. Auch die Anrechnung von Aufforstungsprojekten als Senken für Kohlendioxid war äußerst kontrovers. Während einige Länder im CDM-Mechanismus eine Einschränkung auf erneuerbare Energien oder Energieeffizienzmaßnahmen anstrebten (Positivliste), wollten andere Industrieländer (z.B. die USA und Frankreich) den Bau von Atomkraftwerken als CDM-Maßnahme genehmigen lassen. Auch der Neubau von modernen Kohlekraftwerken in Entwicklungsländern sollte nach dem Willen einiger Länder als CDM-Maßnahme erlaubt sein und auf das Klimakonto des finanzierenden Industrielandes gutgeschrieben werden.

Die Konferenz scheiterte [...] an der massiven Blockadehaltung einzelner Länder – allen voran die USA, die sich vor allem Wälder als Schadstoffsinken anrechnen lassen wollten, um sich ihren realen Reduktionsverpflichtungen zu entziehen.

## 2001

„6,5.“ Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Bonn (COP VI). Anfang des Jahres 2001 wurde die Auswertung der neuesten Ergebnisse der Klimaforschung in den Berichten des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) veröffentlicht. Die 1995 bei der Errechnung der Reduktionsverpflichtungen zugrunde gelegte Schätzung des zu erwartenden Temperaturanstiegs musste massiv nach oben korrigiert werden. Demnach wird die weltweite Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 zwischen 1,4°C bis 5,8°C steigen.

# Klimapolitik

Informationen



5/8

Zeitgleich verkündete der [...] neue Präsident der USA, George W. Bush, dass das Kyoto-Protokoll als eine international bindende und [...] in erster Linie Industriestaaten in die Pflicht nehmende Vereinbarung zur Reduktion des weltweiten Treibhausgasausstoßes Nonsens sei. Die USA, der größte CO<sub>2</sub>-Emittent weltweit, trat von der einst geleisteten Absichtserklärung der Ratifizierung zurück.

Entgegen aller Erwartungen kam man auf der Bonner Klimakonferenz Ende Juli 2001 dann doch der Ratifizierung des [...] Kyoto-Protokolls einen entscheidenden Schritt näher – auch ohne die USA. Nach zähen Verhandlungen und trotz der massiven Blockadeversuche einzelner Länder verpflichteten sich die Industriestaaten (ausgenommen die USA) verbindlich zur Treibhausgasreduktion – und wollen dafür ein international gültiges Regelwerk anerkennen. Die Eckpfeiler dieses Regelwerkes wurden in Bonn festgelegt. Damit wurde ein wichtiges Fundament für den internationalen Klimaschutz geschaffen. Das Abkommen wird dann verbindlich in Kraft treten, wenn es mindestens 55 Staaten ratifiziert haben, die im Jahr 1990 zusammen mindestens 55 Prozent der Treibhausgase emittierten.

Ein Kontrollgremium wird die Einhaltung der pro Land festgelegten Reduktionsziele überwachen und jede Tonne zuviel ausgestossenes CO<sub>2</sub> mit konkreten Strafen ahnden. Dem unbegrenzten Handel mit Emissionszertifikaten zwischen Industrieländern wurde zugestimmt (Emission Trading). Damit wurde ein Anreiz für die Wirtschaft geschaffen. Allerdings ist der Handel mit der sogenannten "heißen Luft" unzureichend begrenzt worden. So sind Russland auf der Basis des Jahres 1990 erhebliche Emissionsmengen zugestanden worden, die auf Grund des Zusammenbruchs der russischen Industrie heute gar nicht mehr erreicht werden. Russland kann nun diese Emissionsrechte in großem Umfang an andere Länder verkaufen. Weiterhin dürfen sich Industrieländer technisch effiziente Kraftwerke, die sie in anderen Industrieländern bauen und betreiben, auf ihr eigenes Reduktionsziel anrechnen lassen (Joint Implementation).

Einige Länder dürfen sich einen großen Teil ihrer Wirtschaftswälder sowie bestimmte Wald- und Landflächenmanagementmethoden (z.B. die Verringerung der Pflugtiefe) anrechnen lassen. Ebenso dürfen sich Industrieländer z.B. von ihnen unterstützte Projekte zur Aufforstung sowie Projekte zur umweltfreundlichen (im Sinne einer emissionsarmen) Entwicklung in ärmeren Staaten in bestimmtem Umfang auf ihr Kohlendioxidkonto gutschreiben lassen (Clean Development Mechanism). Die Anrechnung des Baus von Atomkraftwerken als vermeintliche "Klimaretter" ist im Bonner Abkommen klar ausgeschlossen worden. Speziell für Entwicklungsländer wurden Fonds zur finanziellen Unterstützung eingerichtet – zum Schutz vor Umweltkatastrophen sowie zur nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaft.

## 2001a

7. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Marrakesch (COP VII). Das konkrete, umfassende Regelwerk an Mechanismen wurde auf der Klimakonferenz im Oktober/November 2001 in Marrakesch erarbeitet. Damit wurde der politische Kompromiss in eine formelle Entscheidung umgesetzt, die Architektur des Protokolls war damit geschaffen.

## 2002

8. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Neu Delhi (COP VIII). Nach dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im August 2002 in Johannesburg blieben auch die Ergebnisse der Klimakonferenz in Delhi (Oktober 2002) hinter den erhofften Zielen. In der indischen Stadt sollte geklärt werden, wie das Kyoto-Protokoll umgesetzt wird.

Trotz der mageren Ergebnisse ist der Gipfel als weiterer Schritt zum Inkrafttreten des internationalen Klimaabkommens zu werten. Kanada spielte eine überraschend konstruktive Rolle in den Verhandlungen und hat mittlerweile das Kyoto-Protokoll auch ratifiziert. Die Allianz zwischen Amerika/Saudi Arabien, geleitet von der Interessenpolitik des Öls, hat dagegen den Verlauf der Klimaverhandlungen blockiert und die Erklärung von Delhi verwässert.

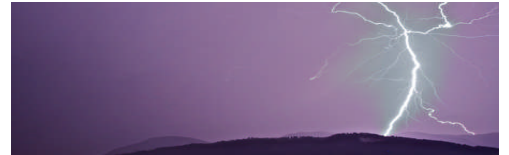
Erstmals Thema war in Delhi die Frage einer globalen "Klimagerechtigkeit". Das heißt: das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen gerecht zwischen Nord und Süd zu verteilen. Den Entwicklungsländern soll ein technischer und wirtschaftlicher Fortschritt ermöglicht werden, ohne dass dieser das Klima ruiniert.

Autor: Karsten Smid, Stand: 12/2003

Veröffentlicht auf der Internetseite von Greenpeace Deutschland ([www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de))

# Klimapolitik

Informationen



Links:

[www.klima-schweiz.ch](http://www.klima-schweiz.ch) (unter dem Stichwort Klimapolitik/internationale Politik)

Dies ist die offizielle Internetseite des Bundes zum Thema Klima. Hier findet ihr Informationen über die gesetzlichen Grundlagen und über Vereinbarungen zum internationalen Klimaschutz und wie die Schweiz daran teilhat.

[www.climate-change.ch](http://www.climate-change.ch) (unter dem Stichwort Politik)

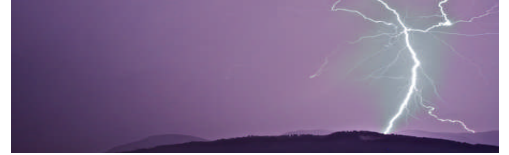
Dies ist die Seite des Forum für Klima und globalen Wandel. Hier findet ihr Informationen zum Thema. Ausserdem enthält die Seite ein Lexikon, das euch Fachwörter aus den Texten, die ihr nicht genau versteht, erklären kann.

<http://www.unric.org/de/umwelt>

Dies ist die Seite der Organisation der Vereinten Nationen (UNO). Hier findet ihr Informationen zu ihren Umweltprogrammen und den Aktivitäten zum Klimaschutz.

# Klimapolitik

Informationen



7/8

## Nationale Klimapolitik

Als nationale Klimapolitik bezeichnen wir das Regelwerk eines einzelnen Staates, z. B. der Schweiz, zum Thema Klima und Klimaschutz. Die Regeln betreffen den Bund, die Kantone und die Gemeinden und können die Form von Verfassungsartikeln, Gesetzen und Verordnungen annehmen. Dabei bemüht sich der Staat, in diesem Fall die Schweiz, die Entscheidungen, die in den internationalen Vereinbarungen getroffen wurden, im eigenen Land umzusetzen.

Texte:

### KLIMAPOLITIK

#### Vereint gegen den Klimakollaps

[...]

Von Vera Koller (erschieden im Magazin UMWELT 2/2003)

Als verantwortliches Amt für die Schweizer Klimapolitik erstellt das BUWAL unter anderem ein Inventar der Treibhausgase und erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für Massnahmen zur Emissionsreduktion. Die Anstrengungen zur Verminderung der klimaschädigenden Gase betreffen heute fast alle Lebensbereiche und gehen zudem weit über die Landesgrenzen hinaus. Deshalb sind sowohl die Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik als auch die internationale Zusammenarbeit für die klimapolitischen Ziele der Schweiz von erheblicher Bedeutung.

#### Klimaschutz ist ein Teil der nachhaltigen Entwicklung

«Eine moderne Auffassung der Umweltpolitik betrachtet den Klimaschutz nicht isoliert, sondern versteht ihn als Teil einer umfassenden Strategie, in der ökonomische, ökologische und soziale Anliegen den gleichen Stellenwert haben», stellt José Romero fest, der beim BUWAL die internationalen Kontakte zur Klimakonvention betreut. Mit diesem Grundsatz reiht sich die schweizerische Klimapolitik nahtlos ins Konzept der nachhaltigen Entwicklung ein, wie sie 1992 am Erdgipfel in Rio definiert worden ist. Auch die vom Bundesrat verabschiedete «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» ist breit angelegt. Hier wurden zehn Handlungsfelder mit insgesamt 22 Massnahmen beschlossen. Sie reichen von Anreizen zur Ressourcenschonung über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie bis hin zur konsequenten Weiterentwicklung der bisherigen Energie- und Klimapolitik.

#### BUWAL:

##### Kernaktivitäten

**CO<sub>2</sub>-Gesetz:** Das BUWAL kümmert sich um die Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes als wichtigstes Instrument der Schweizer Klimapolitik. Dieses erfasst nahezu 80 Prozent der inländischen Treibhausgasemissionen. Um diese zu reduzieren vertraut das BUWAL auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft.

**Stoffverordnung:** Das Amt vermindert mit einer Revision der Stoffverordnung den Ausstoss von synthetischen Treibhausgasen. Auf Grund ihres hohen Erwärmungspotenzials stellen diese Substanzen eine neue Bedrohung für das Klima dar.

**Technologieförderung:** Das BUWAL setzt jährlich rund 3 Millionen Franken zur Förderung von innovativen Umwelttechnologien ein. Die Mittel kommen der Entwicklung von neuen Anlagen und Verfahren zugute, welche die Umweltbelastung reduzieren und die Ökoeffizienz der Schweizer Wirtschaft verbessern. Der sparsamere Einsatz von Erdölprodukten und anderen Ressourcen entlastet auch das Klima.

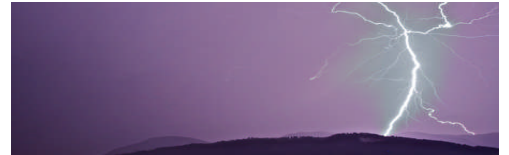
**Wald und Holz:** Als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz setzt das BUWAL seine Politik der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und Holzabsatzförderung um. Bäume entziehen der Atmosphäre während des Wachstums Kohlendioxid, und der Einsatz von Holz als Rohstoff und Energieträger hilft Emissionen vermeiden.

[...]



# Klimapolitik

Informationen



## Beitritt der Schweiz zum Kyoto-Protokoll vollzogen

*Heute hinterlegt die Schweiz bei den Vereinten Nationen in New York die Ratifikationsurkunde zum Protokoll von Kyoto.*

Die Ständige Mission der Schweiz bei den Vereinten Nationen überreicht am heutigen 9. Juli in New York die Schweizer Ratifikationsurkunde für das Kyoto-Protokoll. Damit tritt die Schweiz als 111. Staat dem Kyoto-Protokoll bei. Das durch die Klimakonvention und das Kyoto-Protokoll geschaffene Vertragswerk dient dazu, die Emissionen von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen zu reduzieren und damit die Klimaerwärmung zu bekämpfen.

Das Protokoll legt **Reduktionsziele für Treibhausgas-Emissionen** für alle Industriestaaten fest. Im Zeitraum 2008–2012 soll erreicht werden, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Industriestaaten gegenüber 1990 um 5,2 Prozent tiefer liegt. Die Schweiz und die EU haben sich zu einer Reduktion um 8 Prozent verpflichtet. Ein grosser Reduktionsbeitrag wird in der Schweiz gemäss den Bestimmungen des CO<sub>2</sub>-Gesetzes von den freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft und des Verkehrs erwartet.

Das Protokoll von Kyoto wurde 1997 im Rahmen der Klimakonvention verabschiedet und 1998 durch die Schweiz unterzeichnet. 2001 verabschiedete die Klimakonferenz von Marrakesch die Umsetzungsmodalitäten des Protokolls. Die Schweizer Regierung legte dann die Ratifikation dem Parlament vor. Der Ständerat gab im Dezember 2002, der Nationalrat Anfang Juni 2003 die Zustimmung.

Das Kyoto-Protokoll tritt in Kraft, sobald es von 55 Staaten ratifiziert worden ist – darunter Industrieländer, die 1990 für mindestens 55 Prozent der von den Industriestaaten stammenden CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich waren. Mit der Ratifikation der Schweiz haben 32 Staaten, die im Jahr 1990 44 Prozent der Emissionen der Industrieländer produzierten, dem Protokoll zugestimmt. Damit 55 Prozent der Emissionen erfasst sind, bräuchte es noch die Ratifikation Russlands oder der USA.

Bern, 9. Juli 2003  
BUWAL  
Pressedienst

## Links

[www.klima-schweiz.ch](http://www.klima-schweiz.ch)

Dies ist die offizielle Internetseite des Bundes zum Thema Klima. Hier findet ihr Informationen über die gesetzlichen Grundlagen und Vereinbarungen zum Klimaschutz in der Schweiz.

[www.energiestadt.ch](http://www.energiestadt.ch) [www.solarspar.ch](http://www.solarspar.ch), [www.wwf.ch](http://www.wwf.ch) (Stichwort „Klima & Energie“)

Dies sind Internetseiten konkreter Projekte und allgemeiner Informationen zum Klimaschutz.